

Die Zeitung erscheint  
täglich,  
Vormittags 11 Uhr,  
mit Ausnahme der Sonntage  
und Festtage.

Alle  
resp. Postämter nehmen  
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis  
pro Quartal  
25 Silbergroschen,  
in allen Provinzen  
der Preussischen Monarchie  
1 Thlr. 1/4 Sgr.

Expedition:  
Krautmarkt Nr 1058

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. G. Effenbart.

No. 44. Mittwoch, den 21. Februar 1849.

Charlottenburg, 19. Februar. Se. Majestät der König und das ganze königliche Haus sind durch die heute eingetroffene Nachricht von dem Ableben Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm Waldemar von Preußen in tiefe Betrübniß versetzt worden.

Se. Königl. Hoheit war seit mehreren Monaten in Münster, wohin die militärische Dienstpflicht Höchstendenselben als Commandeur der 13ten Kavallerie-Brigade geführt hatte, an einem rheumatischen Fieber erkrankt, in dessen Folge sich eine Entzündung des Psoas-Muskels ausgebildete, die sich aller ärztlichen Hülfe ungeachtet zu einem zerstörenden Abscess steigerte, bis am Sonnabend, den 17ten d. M., Nachmittags gegen 4 Uhr, der Tod sanft erfolgte, dem Er standhaft und in christlicher Fassung entgegen sah.

Se. königliche Hoheit der Prinz Wilhelm, Vater des hingschiedenen Prinzen, weilte seit Monaten in unausgesetzter väterlicher Sorgfalt und Liebe am Krankenbette und war, wie auch Se. Königl. Hoheit Prinz Adalbert, der Bruder des Entschlafenen, beim Tode gegenwärtig.

Der hochselige Prinz war am 2. August 1817 geboren und ist folglich in der Blüthe der Lebensjahre vom Tode ereilt worden.

Ein reines Herz, der edelste Sinn und ein hohes Pflichtgefühl verband der verewigte Prinz mit der größten Anspruchslosigkeit, und als vor einigen Jahren ehrenwerthe Witzbegierde ihn nach Indien führte, hatte Er Gelegenheit, bei einem Kampfe gegen die Sikhs in den Schlachten von Mudki, Feruzpur und Sobraon sich durch Besonnenheit und Tapferkeit so auszuzeichnen, daß ihm ein ehrenvolles Andenken bei Seinen Mitkämpfern in der englischen Armee gesichert bleibt.

Der Todesfall wird daher um so schmerzlicher empfunden, weil der hingschiedene Prinz, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, die militärische Laufbahn fortzusetzen, dem Staate noch lange und ersprießliche Dienste zu leisten versprach.

Der Königl. Hof legt morgen, am 20sten, die Trauer auf vierzehn Tage für Seine Königl. Hoheit den Prinzen Waldemar von Preußen an. Berlin, den 19. Februar 1849.

Der Ober-Ceremonienmeister  
Graf Pourtales.

## Deutschland.

(B) Stettin. „Gegen eine Unterordnung Sr. Majestät des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Central-Gewalt verwahren sich Se. Majestät u. d. Allerhöchstdessen Regierung auf das Feierlichste, Sie sind dies sich, Sie sind es Oesterreich, Sie sind es Deutschland schuldig.“ Das ist das ultimatum des Ultimatus des österreichischen Cabinets, die Quintessenz aller seiner deutschen Politik, das Meisterstück seines Metternichschen Systems. Oesterreich erkennt also eine Schuld an gegen Deutschland. Aber wie lautet diese Schuldverschreibung? Protest gegen jede Abhängigkeit von einem nichtösterreichischen deutschen Oberhaupt. Das ist die Krone und Spitze seines Patriotismus. Wir wollen noch einige Posten zu dieser Schuldverschreibung hinzufügen. Oesterreich ist Deutschland noch mehr schuldig als das. Diese Schuld ist zwiefach; einmal die Schuld für das, was es Deutschland verdankt; dann die Schuld, die es Deutschland schuldig geblieben ist. Der edle, wahrhaft kaiserliche Graf Rudolph von Habsburg hatte nur ein mäßiges Besitztum in der Schweiz, als er i. J. 1273 die Kaiserkrone empfing. Aber die Günst des Himmels beglückte sein und seiner Nachfolger unverwandelt festgehaltenes System, sich durch Heirathen, sowie durch Einziehung erledigter Reichslehen und Annahme fremder Kronen eine bedeutende Hausmacht zuzulegen. „Sie waren dies sich schuldig“ nach dem Grundsatz: Jeder ist sich selbst der Nächste. Und da nun einmal diese Hausmacht zu solcher Größe angeschwollen war, bedurfte es und bedarf es noch heute einer großen Kraftentwicklung, um die heterogenen Bestandtheile zusammenzuhalten; es war ganz in der Ordnung, daß Oesterreich über diesen Bemühungen das Heil Deutschlands hintanstellte nach dem Grundsatz: Das Hemde ist mir näher als der Rock. „Sie waren dies sich, Sie waren dies Oesterreich schuldig.“ Oesterreich hatte sich an dem Marke Deutschlands genährt, es hatte die Mittel in Händen, die es für das Reich verwenden sollte, aber klüglisch zu seinem Vortheil ausbeutete. Wahr ist es, Rudolph hatte das Reich der unseligsten Zerrüttung entrissen, allein was thaten seine Nachkommen, um es vor dem Rückfall zu bewahren? Unter den Habsburgern gerieth es in immer tiefern Verfall, das Band der Einheit ward immer loser.

Bei dem weltumwandelnden großen deutschen Reformationswerk folgte Oesterreich nur seinem Interesse; undeutsch, schlug es sich auf die Seite

des Papstes; undeutsch, kämpfte es mit deutschen Reichstruppen für sein und das päpstliche Interesse gegen die evangelischen Glieder des Reiches; verblindet, zerrüttete es zum Gewinn einer alle Völkerefreiheit unterdrückenden Hierarchie, die schon durch diesen Zwiespalt der Deutschen in allen Fällen Vortheil hatte, das nach Wahrheit und Selbstständigkeit ringende Vaterland. Durch sein selbstsüchtiges Interesse entzündete es die andern Reichsfürsten zu treuer Nachfolge, sie lernten es bald genug, an sich nur zu denken, um das Reich kümmerte sich der Einzelne nur wenig. Wer aber an dieser Zertrennung die Hauptschuld trug, wer aus der Größe und Kraft Deutschlands seine Größe und Macht gewonnen hatte, der mußte, als nun das Reich von seiner Höhe herabstank, sich für verpflichtet halten, ihm wieder aufzuhelfen; und wenn derselbe auch erst spät, auch erst jetzt seine Pflicht erkennt, so ist das nicht zurückzuweisen: „denn Sie sind es Deutschland schuldig,“ d. h. sie verdanken ihre Größe Deutschland.

Zu der Macht und dem Länderumfang gewann Oesterreich die deutsche Kaiserkrone, die 1000 Jahre lang im Rathe der Völker ein großes Gewicht hatte. Das Reich hat Oesterreich i. J. 1806 zersplittern lassen; sich selbst aber gerettet; doch den Glanz hat es nicht fahren lassen wollen, es machte aus der deutschen eine österreichische Kaiserkrone, was ihm um so eher zugestanden wurde, als es dem Erbfeinde Deutschlands nur an dessen Zerrüttung lag, daher er den Namen in andrer Form bestehen ließ, wenn nur das Wesen aufhörte. „Die Kaiserkrone sind Sie Deutschland schuldig.“

Mit dem Glanze ging auch die Bedeutung und Stellung, welche das Reich einnahm, auf Oesterreich über; es war gewohnt geworden, im Rathe der Völker zu sitzen, es ward zur europäischen Großmacht. „Auch das sind Sie Deutschland schuldig.“

Rechnen wir hiezu noch die Ehre, die Oesterreich seit 1806 genießt, so hat es in Deutschland eine reiche Ernte gehalten, die es zu allem Danke verpflichtet.

Oesterreich fühlt wohl, wenngleich nur dunkel, daß es eine Schuld an Deutschland abzutragen hat; aber bis jetzt ist es dieselbe schuldig geblieben.

Mochte es in den unglücklichen Zeitverhältnissen, namentlich in dem Rheinbunde, in welchen sich die jetzt so sehr deutsch gesinnten südlichen und westlichen Stämme aufnehmen ließen, liegen, daß Oesterreich dem Reiche den Laufpaß gab und nichts that, die Zerstückelung zu hindern. Da es aber doch selbst als gut organisiertes Ganzes jedenfalls kräftiger als das deutsche Reich aus diesem Prozesse hervorging, so hätte es wohl besser für die Einheit und Macht des Reiches wirken können als durch die Errichtung des deutschen Bundes. Die Herstellung des Reiches ist es schuldig geblieben.

Versprochen wurde eine ständische Verfassung von allen deutschen Fürsten; es war dies aber besonders Oesterreichs Pflicht, in ruhiger, besonnenner Fortentwicklung die Konstitution anzubahnen. Alle Welt weiß, daß Oesterreich als der entschiedenste Feind derselben sie gefühllos gehindert und namentlich noch die von Preußen vor dem März 1848 gemachten und eingesandten Vorschläge zurückgelegt, die Konstitution aufgehoben und dadurch unermeßliches Elend über Deutschland gebracht hat, eine Schuld, die es nie wieder gut machen kann.

Deutsch-Oesterreich ist ein integrierender Theil Deutschlands. Weder dieses noch Deutschland können wünschen, daß 7 Millionen Deutsche von dem Herzen des großen Vaterlandes abgerissen werden. Ob diese jetzt wider Preußen eifern, es wird die Stunde kommen, wo sie sich klarer ihrer Hingeborgigkeit bewußt werden; sie werden vielleicht bald noch lauter protestiren, wenn sie in einem slawischen Gesammtreiche aufgehen sollen; werden die Ungarn, Czechen, Croaten, Slawonier und die ganze österreichische Musterkarte von Völkern im Bewußtsein ihrer Nationalität Selbstständigkeit erstreben, so werden die Deutschen nicht zurückbleiben wollen. Oesterreich aber, wenn es seine herrschsüchtigen Pläne in Deutschland nicht durchsetzen kann, wird nicht anstehen, 7 Millionen Deutsche vom Herzen Deutschlands loszureißen. Diese 7 Millionen bleibt es uns sicher schuldig.

Wir haben gesehen, was Oesterreich leisten konnte. Als alle Welt vermuthete, es würde in hundert Stücke zerfallen, ist es neuerdings stärker als je aus einem Vernichtungskampfe hervorgegangen. Wüßten wir es sonst nicht, wir könnten es hören an der Sprache, die es jetzt führt. Als Deutschland im Kampfe mit Dänemark wegen Mangels einer Flotte in Bedrängniß war und aller Augen sich nach Oesterreich wandten, da drückte dieses ein Auge gegen Deutschland zu, ließ ruhig seine Gesandten in Kopenhagen residiren und sprach kein Wort für Deutschland. Es fanden sich Viele, die es entschuldigten, weil Oesterreich übergenug mit sich



zu thun habe. Was es damals aber nicht konnte, das vermag es jetzt gewiß; wird es jetzt diese Rettung von einem fanatischen Nachbarn Deutschland schuldig bleiben?

Die Vermuthung liegt nahe, daß es diese Schuld zu der übrigen wird auffommen lassen. Denn von Beiträgen zur deutschen Marine, für die Centralgewalt u. s. w. will es nichts wissen. Also auch dies bleiben Sie Deutschland schuldig? Es hat sich Alles vorbehalten, wohlweislich aber nichts geleistet. Wie versteht es denn die Abtragung seiner Schuld? Das lehrt uns die Note. Es tritt in den Vordergrund als „die erste deutsche Macht. (Mit gleichem Rechte könnte sie heißen die erste czechische, slawische, magyrische, kroatische u. Macht.) Es steht seit dem 30. März „unwandelbar auf dem Standpunkte der Vereinbarung“, „erfüllte seine Bundespflichten“, „erkannte“ sogar die zu seinen Gunsten geschaffene, einem österreichischen Prinzen übertragene „Centralgewalt an.“ Es will sich nicht „hinter der Hülle einer zweideutigen und zurückhaltenden Politik verbergen.“ Die Wiedergeburt steht ihm in einem engeren Verbande der Staaten in Vereinbarung zwischen Fürsten und Völkern, zu welchem es mitwirken will, wenn nicht die Einigung eine Umschmelzung aller Verhältnisse, die Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands eine Aufhebung und Vernichtung derselben sein soll. Es fürchtet von einem unitarischen Staate ebensoviel für den österreichischen Staatsorganismus, als für die Entwicklung der staatlichen und persönlichen Freiheit der Deutschen. Ein engerer Bundesstaat (nach Gagern's Programm) bietet nach allen Seiten unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Einheit in einem Brennpunkte selbst ist der Hauptsache für Deutschland. Dem deutschen Oesterreich aber bleibt nur das Dilemma: Ausschluß von Deutschland, oder Abtrennung von Oesterreich; Folge davon: entweder Verstümmelung Deutschlands oder Oesterreichs. Dennoch zweifelt dieses nicht an einer glücklichen Lösung der Aufgabe, „will man nur unbefangen und ohne Nebenabsicht das Werk vollbringen.“ Zuerst in Verbindung mit Preußen, dann mit den deutschen Königen, und da diese nicht zu wollen scheinen, mit der National-Versammlung zu Frankfurt, erstrebt es eine Gesamtmonarchie, in welcher neben Deutschland alle österreichischen Theile Raum und freie Bewegung finden, weil es in der Begründung eines einheitlichen Centralstaates den Keim unheilvoller Spaltungen, den Anlaß zur Zersplitterung und nicht zur Einigung Deutschlands sieht. Auf diese Art will Oesterreich seine Schuld an Deutschland abtragen. Aber keine Unterordnung läßt es zu, daraus folgt: Es will allein an der Spitze stehen. Das ist der Preis für das neue zu hoffende Glück!

Berlin, 17. Februar. Vielen will es nicht einleuchten, daß die frühern Gegner jetzt Hand in Hand gehen, daß diejenigen, welche bis zum März den absoluten Staat mit Hartnäckigkeit verteidigten und jeder Annäherung an das konstitutionelle System entschieden abhold waren, und die Andern, welche zeitlebens gegen den Absolutismus angeämpft und für konstitutionelle Reform gerungen haben, mit einander aufrichtig und rückhaltlos gemeinschaftliche Sache machen sollen gegen Revolution und Demokratie. Viele meinen, diese beiden Richtungen könnten sich nicht ausöhnen. Da begegnet uns ein Abgeordneter, ein vielgenannter Mann, der sich der Richtung Bodelschwinghs wohlverwandter erachtet als der unsern alten Opposition; er hat auch keinen Glauben an das Bündniß der Altkonservativen und Altliberalen; sie würden im Anfang zusammenhalten, die Spaltung könnte nicht ausbleiben; er schien kein sonderliches Gewicht darauf zu legen. Und doch ruht die Bedeutung weit über die vorliegende Legislatur hinaus. Nicht bloß daß der Linken, trotzdem sie die Minderheit ist, der Sieg in die Hand gespielt wird, sondern sie verdient dann sogar zu siegen; ihre Berechtigung darf in diesem Fall nicht geseugt werden. Denn es existirt dann keine herrschende Partei; es ist vollkommenste Partei-Anarchie, da die zur Herrschaft berufene Partei sich in ihre Elemente aufgelöst und im eigenen Lager lichterlose Zwierracht entzündet ist. Es ist dann entschieden, daß die konstitutionellen Grundzüge dem Staatsleben nicht dauernde Befriedigung gewähren, daß folglich über das konstitutionelle System hinausgegangen werden wird.

Sollte den ehemaligen Konservativen gleichgültig sein, ob die konstitutionelle Ordnung der Dinge Bestand hat oder nicht? Sollten die Verantwortlichen des vor dem März Bestehenden für das jetzt Bestehende keine Sympathien empfinden? Freilich, dann kann ihnen die Frage nach einem dauernden Bündniß mit den Altkonstitutionellen kein Interesse abgewinnen. Wir mögen daran nicht glauben. Es will uns vielmehr bedünken, als ob die vor dem März bereits Konservativen aufrichtig konstitutionell geworden sind.

Denen, welche rastlos und unermüdet für eine Konstitution gekämpft und opponirt haben, muß die bestehende Gestaltung des gemeinen Wesens, muß die konstitutionelle Staatsordnung theuer sein. Ihnen muß demnach Alles daran liegen, daß die konstitutionelle Partei sich zu der herrschenden organisire und befestige. Die ehemaligen Liberalen und Oppositionsmänner sind nicht minder von ganzem Herzen konservativ geworden, als die ehemaligen Konservativen und Regierungsmänner konstitutionell geworden sind.

Es ist nicht abzusehen, was die gänzliche Verschmelzung beider Richtungen hindern sollte. Konservativ kann der nicht mit Recht genannt werden, welcher nicht konstitutionell gesinnt ist; konstitutionell ist der wahrlich nicht mit Klarheit und Treue, der nicht konservativ heißen wollte. Konservatives Interesse fordert, daß der konstitutionelle Staat dauerhaft begründet werde, konstitutionelle Tendenz kann doch nur auf dasselbe hinauskommen.

Und nun wollten die Liberalen das Bündniß ihrer ehemaligen Gegner verschmähen? Die Konservativen könnten die Liberalen zu den Demokraten, den ehemaligen Radikalen, hindeckeln wollen?

Die innere Organisation der „Rechten“, welche die Verschmelzung des Liberalismus und Konservatismus postulirt, ist eine Lebensfrage für das konstitutionelle Königthum. (P.C.)

Es ist bemerkenswerth, wie die Demokraten in verschiedenen Organen der Presse sich wieder das meiste Interesse am deutschen Vaterlande zuschreiben. Ein Berliner Korrespondent der Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung versichert, hier wäre alle Theilnahme für die deutsche Angelegenheit erstorben; nur die Demokraten interessiren sich noch dafür. Wir können nicht wohl glauben, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich noch einmal täuschen lassen sollte, wie im August v. J. Die Theilnahme an den vaterländischen Dingen ist hier in steter Progression; die

Empörung über die österreichische Note ist ganz allgemein und steht auf der Tagesordnung in geselligen und Familien-Kreisen. Sie hat auch den Anstoß für diejenigen „alten Preußen“, welche der deutschen Idee noch abgeneigt waren, gegeben, sich ihr indirekt zu befreunden. Denn ein großer Theil derselben ist anti-österreichisch, wie ein Soldat des großen Frig. (P.C.)

Der Belagerungszustand, dessen Aufhebung vor Eröffnung der Kammern allerdings beabsichtigt wurde, wird auf unbestimmte Zeit verlängert bleiben, da Nachrichten so bedenklicher Art eingelaufen sein sollen, daß ein Aufheben desselben wie ein Verrath am Vaterlande erscheinen würde. Dem Vernehmen nach wird das Ministerium den Kammern gleich nach ihrer Eröffnung wichtige Gründe für diese Maßregel vorlegen.

Verschiedene Justizbeamte sollen eine Petition an die Kammern berathen, welche sich gegen das Recht der Krone, die Präsidenten und Räte der höchsten Gerichtshöfe zu ernennen, richtet. Das Gesetz vom 21. Jan. legt der Krone dieses Recht bei, der Vorschlag der Kandidaten steht aber dem Minister zu. Man will hierin eine Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit sehen, d. h. etwas weniger umhüllt ausgedrückt, man will die unverkürzte Gelegenheit haben, Leute an die Spitze unserer Gerichtshöfe zu bringen, die, selbst Anarchisten, Steuerverweigerer und Republikaner, der Anarchie und den republikanischen Bestrebungen die Straflosigkeit vor dem Gesetz sichern. (N.P.3.)

Bei der nahe bevorstehenden Reorganisation der Bürgerwehr in Berlin empfehlen wir den Herren Reorganisatoren die Petition des konstitutionellen Wahlvereins in Streik zu gefälliger Kenntnissnahme. Sie enthält allerlei merkwürdige Bekenntnisse, unter denen wir nur folgende auswählen:

„Wir halten eine Bürgerwehr in der Ausdehnung, wie das Gesetz sie bezweckt, zunächst für unnöthig zum Schutze gegen äußere Feinde, weil wir in der vortrefflichen Organisation unseres heldenmüthigen Heeres, Linie, Landwehr und Landsturm, diesen Schutz vollkommen gesichert finden. Wir halten sie aber eben so unnöthig für den Schutz der konstitutionellen Freiheit, weil wir die festeste Bürgerschaft derselben in der Gesinnung des Königs, unseres Königl. Hauses und des ganzen zum politischen Bewußtsein erwachten Volkes erblicken. Wir halten eine solche Bürgerwehr aber auch für nachtheilig, weil sie den ruhigen, sein Gewerbe treibenden Städter und den ackerbauenden Landmann der friedlichen Beschäftigung entzieht, durch welche sie ihre Familien ernähren und den Wohlstand des ganzen Landes fördern sollen; weil sie ihnen die kostbare Zeit und ihr sauer erworbenes Geld raubt; weil sie endlich, indem sie zu einer allgemeinen Volksbewaffnung führt, und die arbeitsamen Einwohner sich davon zurückziehen trachten werden, die Sicherheit des Landes eher gefährdet als fördert.“ (D.W.3.)

Bei den seit einigen Wochen betriebenen Anrüstungen unserer Armee für die Eventualitäten eines etwaigen Krieges stellt sich leider wieder heraus, welchen bedeutenden Verlust der Staat durch die nichtswürdige Worbrennerei der Artillerie-Vorrathshäuser, diesen unverfügbaren Schandfleck Berlins, erlitten hat, da die dort aufbewahrten Kriegsmaterialien im Werthe von 2 und eine halbe Million Thalern, so leicht nicht wieder zu beschaffen sind. In Folge dieses Brandes wird namentlich thätig an der Wiederausrüstung der Artillerie gearbeitet.

Die konservative Partei fängt endlich an, sich immer fester zusammenzuschließen. Ueberall bilden sich unter ihr Vereinigungen, nur bei Handwerkern und Kaufleuten, die zu ihrer Gesinnung halten, zu kaufen und zu bestellen. Man findet dies nothwendig, sowohl um die Gesinnungsgenossen gegenseitig zu unterstützen, als auch, um der feindlich gegenüberstehenden Partei nicht selbst die Mittel zum Kampf in die Hände zu geben. Namentlich fängt die konservative Partei an, mit Konsequenz die öffentlichen Lokale zu vermeiden, deren Wirthe und bevorzugte Gäste zur Oppositionspartei gehören oder mit der Demokratie im Stillen unter einer Decke spielen. Ein Paar unserer ersten Hotels sollen bereits sehr unangenehm die Folgen dieser Konsequenz verspüren.

Kassel, 16. Februar. Der Kurfürst ist gestern aus Berlin zurückgekehrt. In der Versammlung der Stände stellte Henkel einen Antrag dahin: „die Stände-Versammlung möge sich im Namen Kurhessens dahin aussprechen, daß Kurhessen entschieden den Bundesstaat mit Preußen wolle und den Staatenbund mit Oesterreich ablehne“, auch die Regierung zu ersuchen, sich dieser Ansicht anzuschließen und die National-Versammlung zu veranlassen, eine Trennung der Deputirten derjenigen Staaten, welche sich für einen Staatenbund erklären würden, von den übrigen zu veranlassen.“ Der Antrag wurde dem Verfassungs-Ausschuß überwiesen.

Frankfurt, 17. Februar. (172te Sitzung der Reichsversammlung.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschuße vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.“

Herr Bernher von Rierstein fordert, daß das Wahlgesetz nur für die nächste Wahl erlassen werde.

Herr M. Mohl erklärt sich dagegen; denn dann würde das Wahlgesetz dem Einfluß des Staatenhauses anheimfallen und die konstituierende Macht der Nationalversammlung illusorisch. Herr Scheller aus Frankfurt a. d. D. hält es für angemessen, erst die Vollenbung des Wahlgesetzes zu erwarten, um nach dem Ausfalle seines Inhalts Entschluß über die Dauer seiner Gültigkeit zu fassen. Herr Eisenmann erklärt sich gegen Bernher's Vorschlag, weil das Wahlgesetz ein Theil der Verfassung sei, welche die Versammlung endgültig zu bestimmen habe. Da Herr Bernher's Antrag formell nur auf einen Zusatz zu den Eingangsworten des Gesetzesentwurfs gerichtet ist: „Für die Wahlen der Abgeordneten zum („nächsten“) Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten u.“ so bleibt die Abstimmung darüber von selbst aufgehoben.

Herr Zahn aus Freiburg. Mein Schild bei diesem Turnier und Gottesgericht führt drei Farben: Schwarz, Roth, Gold, mit der Aufschrift Freiheit, Gleichheit, Einheit. Aber meine Freiheit ist keine Zügellosigkeit, die Gleichheit keine Einerleiheit und unter Vaterland verstehe ich etwas mehr, als den Acker, wo die Kartoffeln zu meiner Freiheit wachsen. (Heiterkeit.) Ich begreife das ganze deutsche Land und Volk darunter und den Fürsten wie den Bettler. Eins kann nur sein: mittelbare oder unmittelbare Wahl. Mit der mittelbaren Wahl ist es wie bei dem Kuppler und Freierwerber, aber doch lieber mittelbare Wahlen, als solche, wo der Wähler nach Geld abgeschätzt wird! Es muß so weit in der Welt kommen, daß sich Niemand scheut, arm und mittellos zu sein. Wer hat die deutsche



Sprache erhalten seit Herrmann? Haben es die Geistlichen, die Fürsten, die Gelehrten gethan? Das Volk hat sie erhalten und die Dichtkunst dazu. Der haben alle Schöppenstühle und hohen Gerichte etwas in Deutschland erhalten zur Erhaltung des deutschen Rechts? Aus Rom haben sie das Gesetz geholt und die Polizei haben sie und gebracht aus Frankreich in unser Deutschland, wo alle Polizeianstalten aus dem Bettelvogte bestanden. Das Volk allein hat die deutsche Sprache bewahrt und seine alten Märchen und Sagen dazu und das deutsche Recht. Daher soll das Volk auch seinen Theil haben an der Gesetzgebung.

Was ferner heißt ein selbstständiger Mann? Die Beantwortung dieser Frage führt Herr Zahn mit der lustigsten Laune aus. Auch den tapfersten Mann findet er endlich abhängig — von seiner Frau. Dennoch erkennt er gerade in dem eigenen Haushalte das entscheidende Zeichen von Selbstständigkeit. Wer dazu unbescholten, wer seiner Wehrpflicht nachgekommen ist, der muß das Wahlrecht haben. Auch der ärmste Deutsche muß mit Stolz im Auslande sagen können, ich bin ein Urwähler und mein Mann sitzt im Volkshause. Das wird ihm ein Gefühl geben und unseren drei Farben Ehre und Glanz. Machen Sie keine Kassen und Stände, lassen Sie jene Berliner Wiswort nicht zur Wahrheit werden, nun haben wir drei Stände: „den Belagerungsstand, den passiven Widerstand und den Unverstand.“

Das Haus stattet dem Redner seinen lebhaften Dank ob für die mantere Unterhaltung, die er ihm gewährt hat. Herr v. Raumer aus Berlin schlägt dagegen wieder den ernsten Ton an, indem er das Auge der Versammlung bis auf die Gesetzgebung des Solon und Numa Pompilius zurück lenkt, dann auf die Verfassungen der neueren Welt, vorzüglich auf die von Nordamerika. Er läßt den größten Republikaner und Demokraten der Welt, den Präsidenten Jefferson, sprechen, indem er eine Aeußerung dieses Staatsmanns wörtlich anführt, worin „das Gesindel der europäischen Welt“ für unfähig erklärt wird zur Gesetzgebung. Herr v. Raumer spricht sich für direkte Wahlen und wider die Abstufungen eines Censur aus. In Amerika, erwähnt er, sei die Steuerzahlung eine Ehrensache. Ein Nordamerikaner würde sich schämen, ein Wahlrecht auszuüben in einem Staate, zu dem er keine Steuern beitrüge. Der Redner schließt mit der Mahnung, daß die Minorität den Willen der Majorität achte, die Majorität aber auch die Rechte der Minorität nicht unterdrücke.

Herr Hildebrand aus Marburg vertheidigt das allgemeine Stimmrecht. Herr Jakob Benedey: Die Ausschließung eines großen Theils von Staatsbürgern ist von einem gestrigen Redner eine konservative Maßregel genannt worden. Ich halte sie vielmehr für eine revolutionäre. Sie veranlassen dadurch eine wiederholte Zählung der berechtigten und unberechtigten Bürger. Alle drei Jahre würden sich dann die Ausgeschlossenen sagen: wir sind so und so viel Millionen, und die Folgerung liegt auf der Hand. Die Geschichte und Erfahrung anderer Völker erlaubt nicht die Anwendung, die hier auf unsere deutschen Verhältnisse gemacht worden ist.

Herr Matthies aus Greifswalde stimmt im Allgemeinen mit den Ansichten des Verfassungsausschusses überein, daß nur ein beschränktes Wahlrecht gewährt werde. Doch würde er anstatt des schwankenden Begriffs der Selbstständigkeit lieber einen Censur zur Grundlage nehmen. Der Staat bedürfe einer Garantie für die Selbstständigkeit und Bildung des Wählers. In Ermangelung anderer Merkmale müßten Besitz und Besteuerung entscheiden. Die öffentliche Meinung, die man uns als dem allgemeinen Stimmrecht günstig darstellt, wird nur zu häufig angeführt gegen das bessere intellektuelle und sittliche Bewußtsein des Volks. Die Berufung auf die öffentliche Meinung täusche uns nicht. Nicht darin, daß Alle stimmen, sondern darin, daß den wirklichen Bedürfnissen Rechnung getragen werde, erkenne ich unsere Aufgabe.

Nachdem Herr Matthies seinen von dem unmittelbaren Widerspruche der Linken häufig gestörten Vortrag zu Ende gebracht, vertagte das Haus die Fortsetzung der Berathung auf Montag, den 19. Februar.

**Frankfurt, 17. Februar.** Sicheren Mittheilungen zufolge wollte Herr Bunsen vorgestern Abend Berlin verlassen, und am 18. d. Mts. in London eintreffen. Die Friedensunterhandlungen sollten sofort beginnen, nachdem die dänischerseits zur Unterhandlung Bevollmächtigten bereits seit Monaten dort des Beginnens derselben harrten. An einem glücklichen Resultate der Unterhandlungen zweifelt man um so weniger, da sie auf der Untrennbarkeit der Herzogthümer und der Aufrechthaltung der Selbstständigkeit Schleswigs basirt sind. Wenn aber noch jüngst behauptet worden, Dänemark werde den Waffenstillstand unter keiner Bedingung verlängern, so darf man mit aller Bestimmtheit behaupten, daß an dieser Angabe nichts Wahres ist, und daß der Waffenstillstand verlängert wird, wenn bis zum 26. März d. J. der Friedensabschluß nicht zu Stande gekommen sein sollte. (D. Ztg.)

— So eben wird eine dritte Zusammenstellung der bei dem hiesigen Komite für die Hinterbliebenen des ermordeten Auerwald eingegangenen Summen veröffentlicht: sie haben bereits den Betrag von mehr als 12,000 Fl. erreicht. Unter den einzelnen Posten figuriren 245 Fl. von der bayerischen Besatzung der Reichsfestung Landau und 165 Fl. Beitrag der Offiziere der nassauischen Garnisonen Wiesbaden und Bieberich.

### Oesterreich.

**Wien, 16. Februar.** Die Universität wird nicht eröffnet, trotzdem das Unterrichtsministerium dieser Tage in der Zeitung versicherte, der Eröffnung stände nichts im Wege. Von seiner Seite freilich nicht, mehr sagt diese Erklärung auch nicht, aber zwischen den Zeilen ist zu lesen: von Seite der Militärbehörde. Diese verlangt nämlich von jedem aufzunehmenden Studenten den Beweis, „daß er nicht der Legion angehört habe.“ Gäbe es dergleichen! Mir ist nicht bekannt, ob die Professoren auch den Beweis liefern müssen? Im März und April waren wenigstens alle dabei, mit Ausnahme der preßhaften, und das Militärgebot verlangt ausdrücklich allgemeine Garantie, nicht etwa nur für die Otoberstage. (D. Z.)

**Wien, 16. Februar.** Fürst Windischgräß hat folgende Proklamation erlassen:

**Proklamation.**  
Mit meinen Proklamationen vom 13. November und 13. Dezember verhoffen, so wie vom 7. Januar l. J. habe ich alle Bewohner Ungarns mit meiner zu lösenden Aufgabe: nämlich der Herstellung des Friedens, der Ordnung und Gesetzlichkeit bekannt gemacht. Mit Zufriedenheit habe ich auch die Wirkung gesehen, die in Folge dieser Proklamationen sich allenthalben kund gab. Nur einzelne Ortsgastien, durch schändliche Wähler

bethört, versuchen noch, die so nöthige Ruhe und Ordnung durch Verbreitung Kossuth'scher Aufrufe, Befehle und Beschlüsse zu stören. Bewohner Ungarns! ihr habt gesehen, wie sehr von mir — in der Voraussehung, daß die Mehrzahl mehr Irregeleitete und Verführte, als wirkliche Rebellen sein dürften — Milde geübt wurde; doch wer es jetzt noch versucht, mit der Debresiner Umsturzpartei gemeinschaftliche Sache zu machen, von ihr Befehle anzunehmen, solche zu verbreiten, oder eine wie immer gear-tete Verbindung zu unterhalten, die Gemeinden aufzureizen, kann keine Rücksicht mehr erwarten, diesen muß die Strafe des Hochverrätbers treffen.

Ich entsende in verschiedene Richtungen Truppen, deren Kommandanten mit dem Jus Gladii versehen werden; bei dem ein Kossuth'scher Aufruf, oder was immer für eine von dessen Partei herrührende Schrift, Brief, Zeitung u. s. w. gefunden wird, verfällt unnaehsichtlich, eben so wie jeder der standrechtlichen Behandlung, welcher Waffen verheimlicht, oder das Volk zum Ungehorsam aufreizt. — Jeder Postmeister oder Postbeamte, welcher solche von der Debresiner Gegend kommende Schriften, Briefe, Aufrufe annimmt, oder wohl gar weiter befördert, verfällt dem Strange.

Schließlich will ich die Juden von Ofen und Pesth, besonders aber von Alt-Ofen, warnen, sich jedes wie immer Namen habenden Einvernehmens mit dem Hochverrätber Kossuth, dem sogenannten honvedelmi huzottinany, und dem Rebellen-Reichstage zu enthalten, denn ich habe die Gewißheit erlangt, daß gerade meist die Israeliten sich zu Sionen und Lieferanten der Rebellen gebrauchen lassen, so wie sie es sich auch zur Aufgabe machen, falsche und schlechte Nachrichten über angebliche Siege der Rebellen zu verbreiten, um dadurch Furcht und Mißtrauen zu erregen; daher wird für jeden Israeliten, welcher obangedeuter Vergehen wegen kriegs- oder standrechtlich gerichtet wird, jene Judengemeinde, zu der er gehört, 20,000 Fl. C.-M. als Strafe bezahlen.

Hauptquartier Ofen, 11. Februar 1849.  
Alfred Fürst zu Windischgräß m. p.  
K. K. Feldmarschall.

**Wien, 16. Februar.** Die ganze in Italien stehende österreichische Armee hat eine Adresse an den Kaiser geschickt, in welcher sie ihn erucht, dem von der Reichsversammlung angenommenen Antrage Jyozzewski's und Strobach's, demzufolge die Armee in Italien an den Wahlen zum Reichstage sich theilnehmen solle, keine Folge zu geben. Es heißt in dieser Adresse n. a.: „In jedem konstitutionellen Staat giebt es zwei Gewalten, die nie miteinander vereinigt sein können: die gesetzgebende und vollziehende Macht; die Armee als integrierender Theil der vollziehenden Gewalt kann daher nie an der gesetzgebenden Macht Theil nehmen. Individuell kann der Soldat eben so gut wie jeder Bürger im Reichstage sitzen, nicht aber als Vertreter der Armee, als Körperschaft; denn es ist klar, daß eine Anzahl von Deputirten, die ihre Anträge mit den gewichtigen Worten schließen könnten: „ein zahlreiches Heer unterstützt unsere Meinung,“ bald jede Freiheit der Berathung aufheben würde.“

Wern hätten die Unterzeichneten im Schweigen und Vergessenheit die schmerzlichen Erinnerungen der Vergangenheit begraben, aber die Frage liegt zu nahe, warum heute dieselben Deputirten für die vermeinten Rechte der Armee das Wort ergreifen, die im verfloffenen September den edlen Antrag des Abgeordneten Sellinger mit den heftigsten, die Armee verletzenden Ausdrücken bekämpften.

Der Reichstag von Wien hatte nur Sympathien für unsere Feinde, kein Wort des Beifalls für die siegreiche, mit unglücklichen Mühseligkeiten kämpfende Armee, kein Wort der Theilnahme für die Gefallenen, kein Wort des Trostes für die Hinterbliebenen.

Das Heer schwieg, aber empfand tief diese kränkende Beleidigung. Der Reichstag, der stumpf gegen die Ehre des Vaterlandes, gleichgültig gegen seine Erhaltung war, hatte das Vertrauen der Armee verloren. —

Rein, Euer Majestät, das Heer will sich nicht theilnehmen an diesen parlamentarischen Kämpfen, es würde darin den Untergang seiner Einigkeit und Disziplin, und das Verderben der Monarchie erblicken. Es will mit einer ehernen Mauer den Thron Euer Majestät, die Grenzen der Monarchie umgeben, es will die Gesetze des Vaterlandes gegen innere, seine Integrität gegen äußere Feinde schützen, aber es will in den Grenzen seiner Stellung verharren, die die Gesetzgebung aller Staaten den Armeen anweisen.“

Folgen die Unterschriften der ganzen Armee: Von jeder Kompagnie alle Offiziere, Feldwebel oder Wachtmeister, dann im Namen aller Uebri-gen von jeder Charge 2, von den Gemeinen 16 bis 20 Unterschriften. Doch wird sämmtlicher Mannschaft früher der Inhalt bekannt gegeben. (D. Ref.)

### Dänemark.

**Kopenhagen, 13. Februar.** Die außerordentliche Wirksamkeit der Reichs-Versammlung hat nun ihr Ende erreicht. Die Staats-Anleihe ist bewilligt, das Wehrpflicht-Gesetz genehmigt worden, und mit der nächsten Sitzung beginnt die eigentliche Wirksamkeit der Versammlung, nämlich die Berathung über das Grundgesetz. Inzwischen hat das Ministerium in gestriger Sitzung der Versammlung eine Mittheilung gemacht, welche Faedrelandet als ein Zwischenspiel bezeichnet. Der Ministerpräsident nämlich bemerkte, es sei dem Ministerium bekannt, daß sowohl mehrere Mitglieder der Versammlung, als ein großer Theil des Volkes die Stellung des Ministeriums dem vorgelegten Grundgesetz-Entwurfe gegenüber genauer kennen zu lernen wünschten, und daß es daher beschlossen hätte, sich klar und ohne Vorbehalt darüber auszusprechen. Nach demjenigen, was der König selbst ausgesprochen habe, nämlich, daß er dem Volke einen Theil seiner Macht zu übertragen wünsche, habe das frühere Ministerium noch hinzugefügt, daß es hoffe, das Grundgesetz und das Wahlgesetz würden eine sichere Grundlage der neuen Ordnung der Dinge werden. Das jetzige Ministerium, sowohl der von dem früheren übergangene, als der neugebildete Theil desselben, könnte in Beziehung hierauf den vorgelegten Entwurf nicht als ein von Seiten des Königs zum Voraus definitiv angenommenes Verfassungsgesetz anerkennen, welches allein der Genehmigung der Versammlung bedürfen würde, um in Kraft zu treten, sondern es betrachte denselben als eine Grundlage zur Berathung über den Verfassungs-Entwurf. Wenn übrigens auch das Ministerium sich zu dem Grundgesetze im Allgemeinen bekenne, so stimme es doch nicht mit allen Einzelheiten desselben überein, doch entfrage es der Initiative, darin eine Veränderung vorzunehmen. Es



gedächte an der Beibehaltung des freisinnigen Charakters des vorgelegten Entwurfs festzuhalten, welcher dessen eigentliches Wesen ausmache.

(Hamb. Corresp.)

**Kopenhagen, 15. Februar.** Man liest in der Berlingschen Zeitung: „Um so viel als möglich ein günstiges Resultat der Schritte zu beschleunigen, die bereits von der Regierung mit Hinblick auf die bei Bröns gefangenen nordschleswigschen Bauern geschehen, wird Oberstlieutenant Schlegel vom Königl. Ingenieur-Corps, sich mit dem Kommissar der deutschen Centralgewalt in den Herzogthümern in Verbindung setzen und geht zu diesem Behuf nach dem Aufenthaltsorte des besagten Kommissars ab.“

Ferner bestätigt dasselbe Blatt den Ankauf des Dampfschiffes „Kopenhagen“ durch die Regierung, mit dem Beifügen, dieses Schiff eigne sich ganz besonders dazu, eine große Anzahl Truppen auf einmal zu transportiren. Nach Haedreland ist dasselbe von Conferenzzath Donner zu 155,000 Rthlr. gegen eine unbedeutende Auszahlung an die Regierung verkauft worden.

### Frankreich.

**Paris, 17. Februar.** Der Polizei-Präfect hat seinen Agenten streng befohlen, die zahlreichen Schaaren verdächtiger Personen zu überwachen, welche sich außerhalb der Barrieren herumtreiben und die Hauptbestandtheile jeder hiesigen Emence bilden. In diesen Tagen nahm die Polizei in einem Wirthshause 40 solcher zweideutigen Leute fest. Die meisten konnten keinen ehrlichen Broderwerb nachweisen, und 32 blieben daher in Haft.

In den Nebensalen der National-Versammlung kam es vorgestern zwischen Proudhon und Considerant, die sich in ihren Journalen schon seit mehreren Tagen heftig anfeindeten, zu einem hitzigen Wortstreite, bei dem sich beide Theile die heftigsten Vorwürfe machten.

Am Montag Abend wurden 2-300 Juni-Insurgenten unter starker Bedeckung nach der Rouen-Eisenbahn abgeführt, um mit einem Extrazuge nach Havre abzugehen, wo man sie nach Belle-Ile einschiffen wird.

Das zwölfte Bataillon der Mobilgarde ist von St. Cloud nach Boulogne abgegangen.

In Certe sind etwa zwanzig Personen, worunter der Präsident des Sozialisten-Klubs und ein Juni-Insurgent, verhaftet worden.

Das Journal de la Marine meldet, daß ein Theil der Mannschaft der Französischen Admirals-Fregatte in der Südsee nach Kalifornien desertirt sei, um dort Gold zu suchen.

### Italien.

**Rom, 8. Februar.** In der gestrigen Sitzung der konstituierenden Versammlung wurde der Abgeordnete Galetti, früher Minister und Mitglied der Staatsjunta, zum Präsidenten erwählt. Man sieht darin einen entschiedenen Sieg der gemäßigten Partei, so wie überhaupt die Versammlung gemäßigter auftreten zu wollen scheint, als man geglaubt hatte. Freilich sagt man, Herr Galetti sei bereits mit Rossi's Schicksal bedroht, wenn er sich nicht allen Forderungen der Exaltirten füge; selbst Sterbini und Armentini aber klagen man laut des Moderantismus an, weil sie nicht für augenblickliche Verkündung der Republik gewesen. Vice-Präsidenten sind Graf Saffi und der bekannte Masi, letzterer freilich von der radikalsten Farbe.

Die Versammlung macht einen eigenthümlichen Eindruck durch die Ungezogenheit, mit der man sich in ihr beträgt. Abgeordnete und Zuhörer behalten den Hut auf dem Kopfe; nur der Präsident ist unbedeckt. In voriger Nacht sind dem Vernehmen nach neue Truppen in verschiedenen Richtungen abgegangen; man spricht von Bewegungen Zuch's, von einer hier angelangten Kriegserklärung Kadekfi's auf Grund der Wappenschändung und des lombardischen Zuges, vom Falle Venedigs. Ruht alles dieses nur auf Gerüchten, so zeigt es wenigstens die hiesige Stimmung, welche sich auch durch das Steigen des Silbergelbes auf 6 1/2 Prozent in seinem Verhältnisse zum Papiergelde hinlänglich kund thut. Vor einigen Wochen stand dasselbe zwischen 2 und 2 1/2 Prozent. — Hinsichtlich der neulichen Eröffnungsfeier ist zu berichten, daß zwar die Messe in der Kirche Araceli gelesen wurde, aber daß keiner der Mönche sich bei derselben auch nur als Diener betheiligte. Der Ordens-General, so wie die anderen hohen geistlichen Behörden, hatten es streng verboten. Ein Feldkaplan der Legionen, welche kurz vorher aus Venedig angekommen waren, las die Messe; um aber dem Volke zu imponiren, bediente er sich bischöflichen Ornatens, und ritt nachher mit Bischofshut und Kreuz im Zuge mit. Ueber die Wahlen erfährt man, daß ein einziger hoher Geistlicher, Bischof von Nieti, gestimmt. Dieser, wie man sagt, sonst sehr strupulöse Mann mochte durch Drohungen eingeschüchtert sein. Als er am nächsten Morgen Messe lesen wollte, verließ Jedermann die Kirche; sein gewöhnlicher Morgenbesuch im nahen Kloster ward nicht angenommen. Erschüttert kam er in seine Gemächer zurück; wenige Augenblicke nachher tödtete ihn ein Schlagfluß. Das Volk sieht natürlich darin eine unmittelbare Folge der Erkommunikation. (D. Ref.)

### Bermischte Nachrichten.

**Berlin.** Heute Morgen zwischen 3 und 4 Uhr wurde vor dem Neuen Königsthore ein Landmann, welcher Getreide zur Stadt brachte, von mehreren Individuen angefallen, die einen wohlüberlegten Mord und Verwundung ausführen wollten. Die Thäter sind der Stadtvoigtei abgeliefert worden.

In der Stralauer Straße fand heute Nacht zwischen 3 und 4 Uhr ein Verabundungsversuch statt, der Inculpate ward gefänglich eingezogen.

Die Leipziger Zeitung enthält folgende Bekanntmachung, die seltsam genug mit den Grundrechten kontrastirt: „In Bezug auf den bevorstehenden, mit dem 26. Februar l. J. beginnenden Jahrmarkt zu Altstadt-Dresden machen wir andurch bekannt, daß vermöge des Mandats vom 16. Aug. 1846 Ausländern mosaischen Glaubens der Handel auf den Jahrmarkten zu Dresden lediglich im Ganzen gestattet, dagegen aller Verkauf eu detail, und mithin der Waarenschnitt und Vertrieb im Einzelnen so wie das Hausiren bei Vermeidung von 10 bis 50 Rthr. Geldstrafe, auch nach Befinden härterer Ahndung und Confiskation der Waaren, verboten ist, imgleichen, daß diese Vorschriften auf alle Ausländer mosaischen Glaubens ohne Ausnahme, mithin auch auf die vereinsländischen, Anwendung finden. Dresden, den 6. Februar 1849.“ Der Rath zu Dresden. Pfotenhauer. (H. C.)

Die Versammlung von Freunden der inneren Mission, welche wir auf den 15ten d. Mts. angesetzt hatten und wegen Krankheit des Hrn. Wichern in Hamburg aufzuschieben genöthigt waren, wird nunmehr am

**Mittwoch den 28sten d. Mts., Nachmittags 5 Uhr,** im Saale der Elisabethschule hieselbst stattfinden. Herr Wichern hat uns seinen Besuch und seine Mittheilungen über innere Mission aufs Neue zugesagt. Wir laden alle Freunde der Sache zur Theilnahme dringend und ergebenst ein. **Stettin, den 21sten Februar 1849.**

Comitee des Vereins für innere Mission.

### Getreide-Bezieh.

Berlin, 20 Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55-58 Thlr.

Koggen, in loco 26-27 1/2 Thlr., pro Frühjahr 82 Pfund. 26 und 25 1/2 Thlr. verk., 26 Br., pro Mai-Juni 26 1/2 Thlr. Br., 26 G., pro Juni-Juli 27 Thlr. bez. u. Br.

Gerste, große, in loco 22-24 Thlr., kleine 18-20 Thlr. Hafer, in loco nach Qualität 14-16 Thlr., pr. Frühjahr 48 Pfund. 14 1/2 Thlr. Br.

Rübbel, in loco 13 1/2 Thlr. Br., pro diesen Monat 13 1/2 Thlr. Br., 13 1/2 G., pro Febr. — März 13 1/2 a 13 1/2 Thlr. bez., pro März — April 13 1/2 Thlr. Br., 13 1/2 G., pro April — Mai 13 1/2 Thlr. Br., pro Juni — Juli 13 1/2 Thlr. Br., 13 bez., pro Juli — August 13 1/2 Thlr. Br., pro August — Sept. 13 Thlr. Br., pro Sept. — Oktbr. 12 1/2 Thlr. Br., 12 1/2 bez.

Leinöl, in loco 11 1/2 Thlr. Br., 11 bez., auf Lieferung pro März — April 10 1/2 Thlr. Br., 1/2 G., pro April — Mai 10 1/2 Thlr. Br., 1/2 G.

Spiritus, in loco ohne Faß 15 1/2 Thlr. bez. u. G., mit Faß 15 1/2 Br., 15 1/2 G., pro Febr. 15 1/2 Thlr. Br., pro März 15 1/2 Thlr. bez. u. Br., pro Frühjahr 16 a 16 1/2 Thlr. bez., 16 1/2 Br., pro Mai — Juni 17 Thlr. bez. u. Br., 16 1/2 G., pro Juni — Juli 17 1/2 Thlr. bez. u. Br.

### Berliner Börse vom 20. Februar. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinssuss.	Brief	Geld	Gen.		Zinssuss.	Brief	Geld	Gen.
Preuss. frw Anl.	5	101 1/2	101 1/2		Pomm. Pfäbr.	3 1/2	92	—	
St. Schuld-Sch.	3 1/2	80 3/4	—		Kar.-&Nrn.do.	3 1/2	—	91 3/4	
Sech. Präm-Sch.	—	—	98 3/4		Schles. do.	3 1/2	—	—	
K. & Nm. Schlöv.	3 1/2	76 1/2	—		do. Lt. B. gar. do.	3 1/2	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	98 1/2	—		Pr. Ek.-Anth-Sch.	—	90	89	
Westpr. Pfäbr.	3 1/2	—	84 3/4						
Grosh. Posen do.	4	—	96		Friedrichsd'or.	—	13 3/4	13 1/2	
do. do.	3 1/2	—	81 1/2		And. Glöm. a 5 tlr.	—	12 3/4	12 1/2	
Ostpr. Pfandbr.	3 1/2	—	90 1/2		Wiscouro	—	—	4 1/2	

### Ausländische Fonds.

Russ. Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfäbr.	4	92 1/2	91 3/4	
do. h. Hope 3 A. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	75	74 1/2	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	102	—	
do. Stiegl. 2 A.	4	88	87 1/2		Hamb. Feuer-Cas	3 1/2	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—	
do. v. Rithsch. Lst.	5	108 1/2	108		Holl. 2 1/2 o/o Int.	2 1/2	—	—	
do. Poln. Schatzb.	4	72 1/2	72 3/4		Kurh. Pr. G. 40 th.	—	28	27 1/2	
do. do. Cert. L. A.	5	85	84 1/2		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	13 1/2		N. Bad. do. 35 Fl.	—	16 3/4	16 1/2	
Pol. Pfäbr. a. a. C.	4	—	—						

### Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinssuss.	Reinertr. 47	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinssuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4 7/8	78 bz.		Berl.-Anhalt	4	88 G.
do. Hamburg	4 2 1/2	54 bz.		do. Hamburg	4 1/2	94 1/2 B.
do. Stettin-Stargard	4	6 89 G.		do. Potsd.-Magd.	4	84 1/2 B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4 58 B.		do. do.	5	95 1/2 B. 95bz.
Magd.-Halberstadt	4	7 112 B.		do. Stettiner	5	102 3/4 G.
do. Leipziger	4	15		Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4	50 3/4 G.		Halle-Thüringer	4 1/2	86 B.
Cöln-Minden	3 1/2	78 1/2 bz. u. B.		Cöln-Minden	4 1/2	93 1/2 B.
do. Aachen	4	4 50 3/4 G.		Rhein. v. Staat gar.	3 1/2	—
Bonn-Cöln	5	—		do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4 1/2	—		do. Stamm-Prior.	4	86 1/2 G.
Steele-Vohwinkel	4	36 B.		Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl. Märkisch.	3 1/2	72 1/2 R. 71 1/2 G.		Niederschl.-Märkisch.	4	86 3/4 B.
do. Zweigbahn	4	—		do. do.	5	99 1/2 B.
Oberschles. Lit. A.	3 1/2	6 93 1/2 G.		do. III. Serie.	5	95 B.
do. Lit. B.	3 1/2	6 93 1/2 G.		do. Zweigbahn	4 1/2	—
Cosel-Oderberg	4	—		do. do.	4	80 G.
Breslau-Freiburg	4	5		Oberschlesische	4	—
Krakau-Oberschles.	4	38 B.		Cosel-Oderberg	5	95 1/2 G.
Bergisch-Märkische	4	58 G.		Steele-Vohwinkel	5	87 1/2 B.
Stargard-Posen	3 1/2	70 3/4 bz. u. G.		Breslau-Freiburg	4	—
Brieg-Neisse	4	—				
<b>Quittungs-Bogen.</b>				<b>Ausl. Stamm-Actien.</b>		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—	Dresden-Görlitz	4	—
Magdel.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden	4	—
Aachen-Mastricht	4	30	—	Chemnitz-Risa	4	—
Thür. Verb.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
<b>Ausl. Quittgs.-Bogen.</b>				Kiel-Altona	4	88 1/2 B.
Ludw.-Hexbach 24 Fl.	—	—	—	Amsterdam - Rotterdam	4	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—	Necklenburger	4	36 G.
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	37 1/2 bz. u. G.			

### Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schulz & Comp.

Februar.	Tag	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° rebarirt.	20	331,58"	332,62"	330,14"
Thermometer nach Réaumur.	20	+ 3,3°	+ 4,6°	+ 1,3°

Beilage.



Deutschland.

München, 15. Febr. Noch immer kein Ministerium, noch immer selbst kaum Vermuthungen, auf welche Weise diese Krise zu Ende geführt werden kann, dazu die zweite Kammer ihre Verhandlungen aussehend bis zur Mitte künftiger Woche, theils wegen Mangel an diskussionsreifen Vorlagen, theils um das Ende der Ministerkrise abzuwarten — das sind die hiesigen Sachlagen. Im Uebrigen spricht man ernstlich davon, in Nymphenburg sei der Entschluß gefaßt, ein Ministerium aus der Linken zu bilden. Schüler, Kolb, Stöckinger wären Namen dafür. Aber abgesehen davon, daß kein Mensch daran glaubt, es sei dies ein Zugeständniß ohne Rückhalt, sondern daß man allgemein meint, man wolle dieses Ministerium in den persönlichen Umgebungen des Königs nur, um der Linken durch ihre eigenen Leute eine herbe Lehre zu bereiten — abgesehen davon zweifelt man auch daran, daß die genannten Männer einen derartigen Antrag annehmen könnten, so lange es sich doch eben um die Aufgabe handelt, eine konstitutionell-monarchische Regierung zu bilden. Sie sind bisher in ihren politischen Darlegungen, wenn auch nicht wörtlich, so doch thatsächlich über diesen Standpunkt hinausgeschritten. In der neuen Stellung würden sie also den bisher kundgegebenen Prinzipien untreu werden, oder als Minister einer konstitutionellen Monarchie dieser gegenüber ein falsches Spiel spielen müssen. Diese Alternative läßt sich nicht wegleugnen, und doch sieht man sich allerdings vergeblich um in den Reihen der vorhandenen Staatsmänner nach denen, welche unter den jetzigen Verhältnissen ein Ministerium bilden könnten. (D. 3.)

Schleswig, 17. Februar. Endlich ist eine Maßregel von Seiten unserer gemeinsamen Regierung in Kraft getreten, deren Ausführung mehrseitig schon lange gewünscht worden ist. Es ist die Cernirung der Insel Alsen, so weit sie von Sundewitt her gesehen kann. Durch ein Regierungsschreiben vom 11. d. Mts. ist die Kommunikation zwischen Sundewitt und Alsen auf anderen Wegen als über die Sonderburger Fähre, so wie die Zufuhr von Victualien, Fleisch, Butter und andern Lebensmitteln von dieser Seite nach Alsen verboten. Versuche der Ueberfahrt von Sundewitt nach Alsen an anderen Orten als dem genannten werden nöthigenfalls mit den Waffen verhindert werden. Auf die Zufuhr von Lebensmitteln steht Konfiskation der Waare und arbiträre Strafe. Der konstituirte Polizeimeister für Sundewitt ic., Hr. Maderspach, macht bekannt, daß, wie die Zeitumstände es erheischen, die Polizei-Aufsicht in jenem Distrikte verschärft werde, und daß zu dem Zwecke eines bequemen Ausweises die Einwohner desselben von ihm mit Legitimationskarten versehen würden.

Großbritannien.

London, 14. Febr. Aus Southampton wird der Times geschrieben: „Der deutsche Bund hat die beiden Dampfschiffe der britisch-nordamerikanischen Compagnie, „Acadia“ und „Britannia“, die bis jetzt den Postdienst zwischen Liverpool und Boston versehen, angekauft. Sie sollen mit schwerem Geschütz ausgerüstet werden und einen Theil der zu begründenden deutschen Flotte bilden. Die Reichsregierung in Frankfurt hat auch der Newyorker Ozean-Dampfschiffahrts-Compagnie Anträge, den Ankauf des „Washington“ und des „Hermann“ betreffend, gemacht, doch werden diese Schiffe wohl nicht verkauft werden. Dem Commodore Parker von der nordamerikanischen Marine ist der Oberbefehl über die deutsche Flotte angetragen worden. Commodore Parker wünscht aber seinen Rang in der amerikanischen Marine beizubehalten, und es ist zu bezweifeln, ob der amerikanische Congress ihm diese Erlaubniß geben werde, da die Vereinigten Staaten alsdann in einer feindlichen Stellung gegen Dänemark erscheinen würden.“

Türkei.

Aus Konstantinopel wird berichtet, die russische Frage sei in eine neue Phase eingetreten. Seit sechs Monaten hat der englische Gesandte, Sir Stratford Canning, unausgesetzt erklärt, die Russen seien in die Donaufürstenthümer lediglich in der Absicht einmarschirt, um die Ordnung wieder herzustellen, das revolutionäre Fieber zu dämpfen und die wirklich Schuldigen zur Strafe zu ziehen. Dieses wohlgeleitete Manöver dauerte Herrn Palmerston am Ende doch ein wenig zu lange. Das letzte Paketboot überbrachte an Stratford Canning sehr energische und ausführliche Instruktionen, worin England über das Verhalten Russlands in den Fürstenthümern, die Verletzung der Wohnung des türkischen Befehlshabers, um einer Person habhaft zu werden, die unter dem Schutze dieses Beamten stand, und endlich ganz besonders über die Mißhandlungen Beschwerde führt, die einem englischen Unterthanen von Seiten russischer Behörden widerfuhr. Das

Rabinet von St. James drückt zugleich seine Verwunderung über den langen Aufenthalt der Russen in den Fürstenthümern aus und sagt der Pforte die Unterstützung Englands zu, um diesem Zustande ein Ende zu machen. In der That thut ein solches energisches Auftreten ernstlich Noth, da Rußland gerade jetzt darauf ausgeht, im Sinne des Vertrags von Unikar-Skelest mit der Pforte ein Oeffen- und Deffen-Bündniß abzuschließen, worin beide Mächte übereinkämen, die Verfassung in der Moldau und Wallachei vorerst auf 7 Jahre außer Wirksamkeit zu setzen und während dieser Zeit keinen neuen Hospodar einzusetzen. Zugleich erbot sich Rußland, bis dahin gemeinschaftlich mit der Türkei die Ordnung daselbst aufrecht zu erhalten. (D. Ref.)

Gefehlosigkeit und Straflosigkeit

ist das Ziel alles Strebens der Feinde göttlicher und menschlicher Ordnung auf Erden, von der Kinderstube an bis zu den Volkstammern hinauf, wo unter dem Schutze persönlicher Unverletzbarkeit gewissenlose Volksvertreter die heiligsten Gesetze aufzuheben wagen. Ein Staat aber, welcher die Todesstrafe abschafft (Ate. Mos. 33, 33, 34) und Aufrufprediger selbst unter seinen Beamten, in die Kirche und Schule, freier sogar als treue Unterthanen gewähren ließe (wie Cicero sagt: „Wir privilegiren Seeräuber und drücken unsere eigenen Bundesgenossen“), ein solcher Staat möchte übrigens noch so viele und treffliche Gesetze geben, er hätte damit, daß er gegen Mord, Empörung und Hochverrath sich für impotent erklärte, sein eigenes Todesurtheil schon unterschrieben, und zugleich vergessen, daß es einen Gott im Himmel giebt, der vornehmlich alle Regenten zur Rechtschaffenheit zielehen und alle Welt richten wird, sie mag es in ihrer Thorheit hunderttausendmal bezweifeln oder leugnen. Wollen wir uns auch darin von den Heiden beschämen lassen? Sie bekennen, „wie in einem Hause und Staate von Justiz und Ordnung gar nicht die Rede sein kann, wenn in demselben das Gute nicht belohnt, das Böse nicht bestraft wird; so gäbe es auch keine über alle Menschen waltende Vorsehung, wenn sie nicht zwischen Guten und Bösen einen Unterschied machte.“ Vergl. Röm. 13. Ja, fürwahr: „Wenn nicht bald die größte Strenge in allen Theilen des Landes angewandt wird, so gehen wir rettungslos verloren. Gott schütze das Vaterland!“ Dr. W. Böttcher. (B. 3.)

THEATER.

Bei fast leerem Hause waren dennoch die Mitwirkenden im Lustspiele: Der galante Abbe, voll Wärme für dasselbe. Herr Frey hatte gut memorirt und befriedigte im Spiel. Es hörte, die Accorde zum zweiten Male hinter der Coullisse angeben zu hören, bevor das sichtbare Forte-Piano von dem Spieler erreicht war, wodurch natürlich die Wahrheitsliebe verloren ging. Frau Geiseler brav und tüchtig in der Wiedergabe der verstellfächtigen und ewig lügenhaften Scholastica, erfreute sich trotz der wenig Anwesenden reger Theilnahme. Die allzu große Leichtgläubigkeit des Herrn Schunke (Jelotte, Sänger) ließ ihm beim Beginn seines Auftretens die Contenance verlieren, was durch all zu vieles Schurren mit den Füßen zu verbergen immer nicht gelang.

Der Autor der Lokal-Posse: Alle fürchten sich, oder die Hasen in der Hasenhaide, hat es sich zur Aufgabe gemacht, verschiedene leichte Charaktere des gewöhnlichen Lebens hierin in pikanter Weise zusammen zu stellen. Nichts ist zur Ergötzlichkeit mehr geeignet, als Contraste. Jugendlich naives Verliebtheiten — die Liebe nach den Dreißigern. Beide von einem Gedanken für die nächste Zukunft durchdrungen, um jeden Preis, recht bald, versteht sich verschiedener Rücksichten halber, unter das Haubchen zu gelangen. Die Durchführung dieser Posse ließ bis auf Einzelnes nichts zu wünschen übrig. Die Herren Stos und Seydel d. Ae. waren ganz in ihrer Sphäre, und bemühten sich durch Munt, einzig in ihrer Art, das Zwerchfell zu erschüttern.

Sonntag den 18ten Februar: Das wandernde Genie, oder: Sie ist verheirathet, von Fried. Kaiser. Herr Stos, das wandernde Genie, komisches Charakterbild mit Gesang. Denselben fanden wir, wie wir vermuthet, erkens neu, dann als gewandten humoristischen Improvisator, und so sehen wir Talent mit Genie vereint! Jeder am Ruhetag zu Wisz und guter Laune ausgelegt, schweigt wohl zuweilen in diesen; und leicht fanden alle drei Akten, obgleich der Stoff der Bearbeitung nicht all zu weit zu suchen, in ihrem Innern, die lebhafteste Aufnahme. Fräulein Berner, wenn auch, was Darstellung anbelangt, schon am Plage, erschien nicht jugendlich frisch genug, was seinen Grund in der Farbenwahl des Anzuges haben mag. Im zweiten Akte versäumte dieselbe Anfangs dem Gespräch ihres Geliebten, dem Junker v. Stoltenau gegenüber, zu folgen, da Herr Deberich die Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Wie Mittwoch, so hatte auch heute Fräulein Held eine Partdie in demselben Genre; ein junges heirathelustiges Mädchen, ganz Nabität. Fräulein Held ist eine angenehme Erscheinung und verspricht für künftig gewiß Viel zu leisten. Bravobeweise folgten nach Beendigung jeder von ihr in metallreichem Klange vorgetragenen Pièce.

Zur Ausfüllung der Zwischenakte war Sorge getragen. Zwischen 1. und 2. Akte Finale aus der Oper: Lucia di Lammermoor, vor dem Letzten: Liebingsmarsch des Groß-Sultans, componirt und vorgetragen auf der Doppel-Harfe von Eduard Ewart. Die Harfe, das subtilste Instrument, hörten wir im Finale nicht ganz rein; dagegen entschädigte der Marsch, mit Virtuosität vorgetragen, vollkommen. Zu beachten ist, daß unsere Bühne solchen Vorträgen nicht günstig. W.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Es sind zur Vollendung des neu erbauten Theils hiesiger Festung noch 3 Millionen Ziegeln von Mittelformat, 10 Zoll lang, 4 1/2 Zoll breit, 2 1/2 Zoll stark, erforderlich.

Die Ziegeln müssen mergelfrei, in der Masse gut durchgearbeitet, fest gestrichen und so regelmäßig sein, wie man es von guten Mauersteinen fordern kann.

Lieferungslustige, die wenigstens 300 Mille zu liefern im Stande und mit 10 % des Ziegelwerths oder in zinstragenden Papieren nach dem Nennwerth kautionsfähig sind, werden hiermit zur Submission bis zum 1ten k. M. aufgefordert, und sind dann bis zur Annahme durch das Königl. Kriegs-Ministerium, spätestens aber bis zum 15ten April d. J. an ihre Gebote gebunden, bis wohin eventuell mit ihnen in nähere Verbindung getreten sein wird.

Die Steine werden im Verhältnis von 1 Theil Hartbrand, 2 Theilen Mittelbrand und 1 Theil Schwachbrand angenommen. Die Submittenten haben Probeziegel jeder Sorte einzusenden, denen sowie

jedem Stein der Lieferung der Namen der Ziegelei eingedrückt sein muß. Bei der Ablieferung müssen die Steine ordnungsmäßig unter gehöriger Sortirung der 3 Klassen, bei den Wassertransporten auf den speziell anzuweisenden Abladepätzen an der Ober, oder bei den Landtransporten bei den betreffenden Bauhallen aufgestellt werden. Diese Arbeiten mit inbegriffen ist der Preis für das Tausend Mauersteine auszusprechen.

Ob diese Lieferung vom Juni ab bis Ende Oktober d. J. schon beendet werden muß, oder ob sie sich und in welcher Ausdehnung auch noch bis ins künftige Jahr hin erstrecken wird, kann bis jetzt noch nicht bestimmt werden, jedoch wird vor Abschluß der Contracte Lieferant noch die desfalls erforderliche Mittheilung erhalten, wenn er auch unter allen Umständen an sein Gebot gebunden bleibt.

Die gesetzlichen Stempelfosten trägt der Lieferant allein, und die Kosten der öffentlichen Bekanntmachungen werden pro rata unter die Lieferanten vertheilt.

Die schriftlichen Eingaben sind portofrei an den Unterzeichneten zu richten.

Stettin, den 16ten Februar 1849.  
Seeling, Major und Platz-Ingenieur.

Bekanntmachung.

Zur Vollendung des Neubaus der Festung Stettin sind noch 3050 Tonnen Müdersdorfer Steinkalk erforderlich.

Der Kalk muß frisch gebrannt sein und keine Steine enthalten. Er wird in Tonnen zu 4 Berliner Scheffel und zu nicht unter 3 Ctr. Nettogewicht geliefert. Die Tonne muß gelöst 12 1/2 Cubiffuß Kalk ergeben. Die Tonnen werden zurückgegeben. Der Kalk muß nach allen Bauplätzen zu gleichen Preisen geliefert werden.

Lieferungslustige, wenn sie im Stande sind mindestens 1500 Tonnen zu liefern und eine Caution von 10 % des Kalkwerths in zinstragenden Papieren nach dem Nennwerth zu deponiren, reichen ihre Offerten bis zum 3ten März d. J. an den Unterzeichneten ein, und bleiben bis zum 15ten April d. J., bis wohin mit ihnen in nähere Verbindung getreten werden wird, an ihre Gebote gebunden.

Der Bedarf für dieses Jahr läßt sich gegenwärtig noch nicht bestimmen, wird aber bei der Contract-Abschließung näher angegeben werden. Jedemfalls bleibt der Unternehmer, wie groß oder wie gering auch der



Bedarf jetzt oder künftig sein mag, bis nach beendigter Lieferung für die bedungene Quantität an seinen Contract gebunden.

Stettin, den 17ten Februar 1849.

Seeling, Major und Maß-Ingenieur.

### Bekanntmachung

Der erste jährliche Termin zur Prüfung derjenigen jungen Leute, welche ihrer Militärpflicht durch einjährigen Dienst genügen wollen, ist auf den 10ten März d. J.

Im Geschäftszokale der Königl. Regierung hieselbst angelegt worden, was mit dem Bemerkten hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß die auf vorzuziehende rechtzeitige Meldung zur wissenschaftlichen Prüfung zugelassenen Individuen sich am vorhergehenden Tage, Vormittags 11 Uhr, bei dem mitunterzeichneten Militär-Departements-Rathe in dessen Geschäfts-Zimmer in dem Königl. Regierungs-Gebäude Behufs weiterer Bestimmung zu melden haben.

Stettin, den 2ten Februar 1849.

Königl. Departements-Prüfungs-Commission für einjährige Freiwillige.  
Kochler, Major. B. v. Hoheneck.

### Kohlen-Lieferung.

Zum Betriebe der hiesigen Gaswerke brauchen wir in diesem Jahre 500 Last ungefebbte Gastkohle, und wollen diese entnehmen

- entweder von der bisher von uns benutzten Woodfield-Kohle, oder
- von der über Newcastle zu beziehenden Pelton main Kohle.

Die Lieferung erfolgt franco Bollwerk Stettin vor Ende der diesjährigen Schifffahrt, unter Vorlegung eines Ursprungs-Attestes mit jeder Rechnung.

Lieferungslustige ersuchen wir, ihre Preisforderung pro Last

- für Woodfield-Kohle,
- für Pelton main-Kohle,
- für die Feitzkohle

bis zum 9ten März d. J. unter der Aufschrift: „Kohlen-Lieferung“ versiegelt uns einzusenden.

Stettin, den 20ten Februar 1849.

Kommission für die städtische Gasanstalt.

### Gerichtliche Vorladungen.

#### Proclama.

Wenn über das Vermögen des Ziegeldeckers Ritschel auf dessen Antrag das ordnungsmäßige Discussion-Verfahren eröffnet worden, so werden zur Constaturung des Passivstandes alle diejenigen, welche an den Ziegeldecker Ritschel und dessen Vermögen, namentlich auch an das demselben gehörige, an der Wollweberstraße unter No. 25 hieselbst belegene Wohnhaus c p Forderungen und Ansprüche irgend welcher Art machen zu können sich berechtigt halten, hiermit geladen, solche in einem der auf

den 16ten und 30ten k. Mts. und den 13ten April d. J., jedesmal Morgens 10 Uhr,

angesezten Liquidations-Termine speziell anzumelden und zu verifiziren, bei Vermeidung der in termino den 27ten April d. J., Morgens 10 Uhr, zu verhängenden Präklusion.

Datum Greifswald, den 16ten Februar 1849.

(L S) Direktor und Assessores des Stadtgerichts.  
Dr. Tesmann.

### Verkäufe beweglicher Sachen.

## Double Shawls und Umschlagetücher

empfang heute in allen Farben und den neuesten Dessins direkt aus Lyon und Paris

**J. MEYER.**

So eben erhielt ich wieder eine Sendung des schnell vergriffenen  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{3}{4}$  schwarzen ächt italienischen

## Taffet-Lustrine,

welcher sich sowohl durch schöne Farbe und feinen Glanz, wie auch durch seine Haltbarkeit und Billigkeit besonders auszeichnet.

**J. MEYER,**

Reißschlägerstraße No. 49.

## Grünes Fensterglas,

wie auch Medocflaschen u. s. w. verkaufe ich zu billigen Preisen.  
H. P. Kressmann in Stettin.

### Scharfe Königsberger Waare

offerirt billigt  
W. Raschke,  
gr. Laßadie No. 213.

Ein guter Handwagen steht zum Verkauf bei  
W. Raschke, gr. Laßadie No. 213.



# Anzeige für Reisende nach Amerika.



Unterzeichneter expedirt von hier direkt nach New-York, New-Orleans, Quebek und Australien schnellsegelnde kupferbodene Schiffe, welche zur Aufnahme von Passagieren aufs Bequemste eingerichtet sind. Langjährige Erfahrungen in dieser Branche setzen mich in den Stand, Alles zu veranstalten, was den Reisenden die Beschwerlichkeiten der Reise erleichtert, und eine strenge Reellität sichert denselben eine gute und hinlängliche Versorgung mit Lebensmitteln zu.

Nach New-York den 1sten, 15ten und 25ten eines jeden Monats.

Nach New-Orleans den 15ten April, 15ten September, 1sten und 15ten Oktober.

Nach Quebek (in Canada) den 1sten und 15ten April, 1sten und 15ten Mai, 1sten und 15ten Juni, 1sten Juli.

Es liegt im Interesse der Passagiere, sich frühzeitig zu melden, indem die ersten Fahrten viel billiger als die späteren sind.

Nähere Auskunft ertheile ich auf portofreie Briefe.

**J. J. Mansfeldt,**

Mühlenstraße No. 8 in Hamburg.

Begen Aufgabe eines Destillations-Geschäftes sollen die Bestände von dopp. und einf. Branntweinen, Liqouren und Rums zu den Kosten-Preisen verkauft werden. Näheres Frauenstraße 911 a.

Büchen Klobenholz, a Klast 7 Thlr. 10 Sgr., bei  
C. Rosenthal.

### Vermietungen.

Grapengießstraße No. 416, eine Treppe hoch, sind 2 schöne Stuben mit eleganten Möbeln zu vermieten.

Große Wollweberstraße No. 561, parterre, ist eine möblirte Stube nebst Schlafkabinet zum 1sten März zu vermieten.

Kohlmarkt No. 156 ist die 2te und 3te Etage zum 1sten April d. J. zu vermieten.

Kuhstraße No. 280 ist die 2te und 3te Etage, jede von 4 bis 6 Stuben nebst Zubehör, zum 1sten April miethsfrei. Auf Verlangen kann auch Pferdestallung für 2 bis 4 Pferde beigegeben werden.

In der Nähe Stettins sind zwei freundliche Wohnungen, jede bestehend in drei Stuben, Kammer, Küche, Keller und Garten, billig zu vermieten. Das Nähere in der Ztg.-Expedition.

Schuhstraße No. 860 ist ein Laden mit completer Einrichtung nebst Comptoir, einer Stube und trockenem Keller sofort billig zu vermieten. Das Nähere daselbst parterre.

Große Wollweberstraße No. 579 ist die 3te Etage von 4 Stuben, Kofen nebst Zubehör, zum 1sten April zu vermieten.

Eine wirklich gute herrschaftliche Wohnung, bel Etage, Sonnenseite, von 8 heizbaren Pöden nebst allen dazu gehörigen sehr bequemen Wirtschaftsräumen, ist sofort zu vermieten. Wo? wird in der Zeitungs-Expedition gesagt.

Zu vermieten im Hause Breitestraße No. 353: sogleich: Stallung zu 1, 2, 4 bis 6 Pferden nebst Wagenremise; zum 1sten April 1849: 1 Quartier von 2 Stuben, Entree, Küche etc., eine Treppe hoch, nach vorn heraus, nebst Remise und zwei aufeinanderfolgende Böden (bis dahin von dem Herrn Moriz Pincson zum Handel mit rohen Produkten benutzt).

Eine Wohnung nebst Böttcherwerkstätte, oder zur Feuerwerkstätte geeignet, ist zum 1sten März oder 1sten April zu vermieten Rödenberg No. 236.

**Breitestraße No. 365 ist die dritte Etage von Ostern 1849 ab zu vermieten.**

Am grünen Paradeplatz No. 525 ist ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet, mit auch ohne Stallung, zu vermieten.

Rosmarkt No. 720 ist die dritte Etage zum 1sten April zu vermieten.

Kl. Domstraße 686 ist die zweite Etage — 3 Stuben, Kammer, Kofen, Küche und Zubehör — zu vermieten.

Breitestraße No. 372 ist die 4te Etage zum 1sten April d. J. zu vermieten.

Auf der Kupfermühle No. 1 sind für die kommenden Sommermonate oder auch fürs Jahr mehrere herrschaftliche Wohnungen zum 1sten April d. J. zu vermieten.

### Anzeigen vermischten Inhalts.

Zum Stimmen der Pianofortes und Tanzspiel auf demselben empfiehlt sich, wie auch Unterricht auf demselben ertheilt  
J. J. Rospoth,  
Kasematte No. 510.

Einem hochgeehrten Publikum wird bekannt gemacht, daß Freitag den 23ten d. M. früh vor 7 Uhr keine frische Waadware zu haben ist.

### Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin.

Wir wiederholen hierdurch die Empfehlung unserer Gesellschaft zu Feuer-Assurancen, versichern, daß wir durch unsern Fond und die billigsten, feiner solten Societät nachstehenden Prämien jede Gewähr leisten, und machen zugleich bekannt, daß in der Provinz Pommern und der Nachbarschaft bis jetzt die Agenturen unsers Geschäfts den Herren

C. W. von Stade in Anklam,  
Salomon Ascher in Cammin,  
August Brunner in Demmin,  
Kämmerer Günzel in Pasewalk,  
Marcus Abel in Stargard,  
Gebrüder Henning in Treptow a. d. N.,  
C. H. Dyerbed in Uckermünde,  
C. F. Hackbart in Colberg,  
Commerzien-Rath Grunau in Stolp,  
L. Wegener in Stralsund,  
C. R. Krautheim in Prenzlau,  
Stadtverordneten-Vorsitzer Fr. Wundermann in Garz a. D.,

Wilh. Pütter in Greifswald,  
Herm. Feder in Lauenburg,  
Kämmerer Heberlein in Schlawa,  
Aug. Berth. Riensberg in Rügenwalde,  
Vermessungs-Revisor J. G. Bierck in Greifenberg in P.,

H. Koloff in Woldenberg i. N.,  
Carl Koefel in Wolgast,  
Stadtsekretair Warnke in Treptow a. d. L.,  
übertragen wurden, bei welchen, so wie in unserm Bureau, gr. Dierstraße No. 8, Antrags-Formulare und jede Auskunft zu erhalten sind.

Stettin, im Februar 1849.  
Die Direction  
der Preussischen National-Versicherungs-Gesellschaft.  
Lemonius. Roehmer.

### Stroh- und Bordürenhüte

werden zu 10 Sgr. sauber gewaschen und modernisirt in der Strohhut-Fabrik von Linde in Berlin. Annahme in Stettin bei H. Brandt, Grapengießstraße No. 424.

Täglich saure Sahne, a Quart 6 Sgr., bei  
C. F. Hauff, Mönchenbrücke No. 195.

Churf. Hessische 40 Thlr. Prämien-scheine und Großh. Badische 20 Thlr. Prämien-scheine

können bis zum 28. Februar 1849 bei uns bezogen werden.

Nachfolgende Prämien werden in diesen nächsten Ziehungen erlangt: fl. 50,000, 15,000, 5000, 4 a 2000, 13 a 1000, 20 a 250 etc.; ferner: Thlr. 36,000, 8000, 4000, 2000, 2 a 1500, 3 a 1000, 5 a 400, 10 a 200 etc.

Käufer von Prämien-scheinen, welche solche nach der Ziehung wieder zurückverkaufen wollen, brauchen blos  $\frac{2}{3}$  Thaler Pr. Ort. oder fl. 4. 40 kr. für einen Hessischen und Badischen zusammen einzusenden. Prospektus und Listen werden prompt besorgt.

**J. Rachmann & Comp.,**  
Banquiers in Mainz am Rhein.

### Stettiner Strom-Versicherungs-Gesellschaft.

Behufs der Vorlegung des Geschäfts-Abschlusses des vergangenen Jahres und der Wahl eines Direktors an Stelle des laut §. 31 der Statuten durch das Loos Auscheidenden, werden die Herren Aktionairs unserer Gesellschaft zu einer General-Versammlung am Donnerstag den 15ten März c., Vormittags 11 Uhr, im Börsenhause hierdurch eingeladen.  
Stettin, den 20ten Februar 1849.

Die Direction  
der Stettiner Strom-Versicherungs-Gesellschaft.

### Geldverkehr.

3000 Thlr. zur ersten Stelle sind auszuleihen. Näheres bei C. F. W. Müller, Heiliggeistthor No. 228.